

und Interesse. Es ist falsch, zu behaupten, daß unter dieser Republik eine freierwillige Entwicklung der Arbeiter möglich sei. Wenn die Arbeiter nicht rebellieren, wenn sie sich ruhig verhalten, werden sie in dieser Republik genau so wenig angegriffen, wie das in der Monarchie der Fall war. Letzten sie aber in Opposition, beginnen sie wirtschaftliche oder politische Kämpfe gegen die Republik und ihre Macht, dann sind die Methoden der Unterdrückung und Niederschlagung genau die gleichen, wie sie unter der monarchistischen Staatsform gewesen. Die Monarchie ließ die Versammlungen der Arbeiter übermachen. Die deutsche Kaiser-Republik macht das gleiche. Die Monarchie ließ die Arbeiterdemonstrationen mit Polizei blutig auseinander-schlagen, die Republik macht das gleiche. Die Monarchie konnte gegen streikende Bergarbeiter Militär ein und ließ die Arbeiter erziehen, die Republik macht das gleiche. Nur mit einem Unterschied, daß die Formen, die Brutalität und Bestialität in den kapitalistischen Republiken noch gesteigert sind. Die monarchistische Staatsform schloß die Streikbrechergarden genau wie die Republik. Die Klassenpolitik hat in der Republik eine Steigerung erfahren, die härtere gegen revolutionäre Klassenkämpfer sind brutaler und härter geworden.

Das Antreiber- und Ausbeutungssystem ist infolge der steigenden ökonomischen Lage in der Republik bedeutend verschärft gegenüber den früheren Formen, und muß bei der Lage die Notwendigkeit der Erfüllung des Dameswortes für die Kapitalisten, der Ablicht der Steigerung der Luste durch billige Waren noch bedeutend verschärft werden. Das Spiel mit dem Leben der Arbeiter hat einen Höhepunkt erreicht, der kaum noch übertraffen werden kann. Die Zahl der Unglücksfälle, die bedingt ist durch die gesteigerte Anspannung der Arbeitskräfte, das Ansehen der Arbeiter-Sicherheitsmaßnahmen hat einen ungeheuerlichen Grad erreicht. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß aus irgendeinem Teile Deutschlands eine neue Katastrophe gemeldet wird. Mitte Februar blühten auf der Zeche „Rheinischer Stein“ 13 Bergleute ihr Leben ein, vor wenigen Tagen wurden auf der Zeche „Kathias Stimmes“ 70 Mann in die Tiefe gestürzt, eine Anzahl getötet. Im Saargebiet wurden die Bergleute durch das Antreiberregiment gemordet, in Reinsdorf Lohnknechten durch Erschossen zerissen, auf der Zeche „Ponitzhaus“ ereignete sich in der Zeit vom 22. bis 24. März 10 Unfälle, davon drei mit tödlichem Ausgang.

Der Kampf gegen diese Unglücksfälle, für einen ausreichenden Arbeiterschutz kann nur geführt werden als ein Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen für die deutsche Arbeiterschaft, kann nur geführt werden in aktivem Angriff gegen die deutsche Bourgeoisie. Klagen und Schimpfen hilft hier wenig. Wenn die sozialdemokratischen Zeitungen jetzt vor der Wahl lange Artikel gegen dieses Verbrechen der Kapitalisten schreiben, so bedeutet das doch nichts anderes, als wie Wahlmasche und Stimmenfang. Um ein Entgegenkommen an die Stimmung der Arbeiterschaft, Reineswegs bedeutet das aber die wirkliche Absicht, um für die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter zu kämpfen.

Wenn wir die Festschließung des widerständigen Antreiberregiments gemacht haben, müssen wir die nächste Frage stellen: Wie müssen wir gegen dieses Antreiberregiment und damit gegen die Republik und die Manöver der Sozialdemokraten und aller bürgerlichen Parteien die Massen mobil machen.

Es gilt für uns, letztendlich, ein großer Teil der Massen des deutschen Volkes befähigen und auch abtöten nach in Aktion auf eine Besserung der Lage durch den Damesworts. Ein teilweise noch unbedeutendes Durchbrechen dieser illusionären Einstellung erfolgt schon durch immer größere Teile der Arbeiterschaft in der Aufnahme der Wirtschaftskämpfe, der Abwehr gegen den Raub des Achtstundentages und den Kampf gegen die Hungerlöhne. Unsere Aufgabe ist es, jetzt hier einzutreten und den Hebel anzusetzen. Wir müssen dabei den Massen der Arbeiter klar machen, daß eine Durchführung ihrer Forderungen in der schwarz-rot-goldenen Republik nicht erreicht werden wird, weil die Kapitalisten bei der von ihnen geforderten Steigerung der Profite einer achtstündigen Arbeitszeit und einer Erhöhung der Löhne selbstverständlich nie zustimmen werden. Die großen Massen der Arbeiter, die uns heute noch nicht verstanden haben, werden, wenn wir an diese praktische Arbeit antreten und ernsthaft den Kampf führen, sehr bald sehen, daß wir die einzige Partei sind, die für die Interessen der Arbeiter kämpft, und sie werden dann bald begreifen, daß nur die Befreiung der jetzigen Staats- und Gesellschaftsform die Lebenslage der Arbeiter heben und verbessern kann.

Die Wahlarbeit und das Lernaufgebot müssen uns veranlassen, mit doppeltem Eifer unsere Kräfte dort einzusetzen, wo wir den Arbeitern die Absichten und Ziele unserer Arbeit am klarsten und besten begreiflich machen können, bei der praktischen Arbeit um ihre Lebensnotwendigkeiten. Daraus ergibt sich für uns selbstverständlich, daß wir unsere Arbeit insbesondere konzentrieren müssen in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Kein Betrieb darf ohne eine Betriebszellenorganisation sein, kein Betrieb darf kein ohne ausgiebige Zeitungs- und Parteipropaganda und Agitation. Kein Betrieb darf sein ohne Ausklärung über den Zweck und die Absicht der Kandidatur Marx und der Stellung der rechten und „linken“ Sozialdemokratie. Darum an die Arbeit!

Vormarsch der Kommunisten in Belgien

Brüssel, 9 April. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Kommunalwahlen hat die Belgische Kommunistische Partei insgesamt 34 000 Stimmen erhalten. Gegen 1921, wo nur 2000 Stimmen für die Kommunisten abgegeben wurden, bedeutet das einen Zuwachs von über 1600 Proz.

Neue Kriegsrüstungen gegen Sowjetrußland

Moskau, 9 April. Die Tschechoslowakei meldet aus Rom, die Erklärung des polnischen Außenministeriums, daß die Besprechung der Generalstäbe auf der Rigaer Konferenz ausschließlich Abrüstungsfragen und den Militärbudgets im Sinne des Völkerbundes gewidmet gewesen seien, sei unzutreffend. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß Finnland an der Konferenz nicht teilgenommen habe, während Rumänien vertreten gewesen sei. Tschechoslowakei fährt fort, die Konferenz sei unzuverlässig im Zusammenhang mit der jüngsten Reise des russischen und des polnischen Außenministers nach Paris, die das Einverständnis führender französischer Kreise zum Zusammentritt der Konferenz eingeholt hätten. Die Konferenz befaßt sich, wie nochmals betont werden muß, mit der Vorbereitung eines Militärbündnisses zwischen Polen, Estland und Lettland gegen die Sowjet-Union und Deutschland. Eine Beschlüßfassung über das Programm der Konferenz bejahe, daß neben den genannten Ländern auch Rumänien diesem Bündnis beitreten wolle.

Die Finanzpläne Herriots

M. Paris, 5 April. Finanzminister de Monzie hat heute mit den Sachverständigen des Finanzministeriums die Finanzpläne ausgearbeitet, die dem morgigen Parlamentarischen Rat unterbreitet werden sollen. Den Plänen zufolge ist die Monzie im letzten Augenblick von der Kapitalabgabe abgekommen und zieht jetzt folgende Maßnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts in Erwägung:

1. Sofortige Ausgabe von 4-5 Milliarden besondere Geldscheine. Es handelt sich nicht um eigentliche Banknoten, sondern um sogenannte „Schednoten“, die durch kommerzielle Wertpapiere garantiert werden. Sie sind hauptsächlich zur Abwicklung des Geschäftsverkehrs zwischen den Banken bestimmt, können aber auch zwischen Privatpersonen ausgetauscht werden. Die Scheine sollen so schnell wie möglich aus dem Umlauf zurückgezogen werden.
2. Beschleunigte Einziehung der Steuern, besonders Erhöhung der rückständigen Kriegsgewinne.
3. Neue Zulagensteuer auf Tabak, Streichhölzer, Zucker usw.
4. Versteigerung gewisser Staatsmonopole trotz des Widerstandes eines Teiles der Mehrheitsparteien.

Dem Finanzminister geht auch die Ablicht der Verschlebung, einen Großkapitalisten zu bilden, dem maßgebende Persönlichkeiten der Bankwelt, des Handels und der Industrie beitreten sollen. Der „Antirainement“ schreibt, es sei zweifellos, daß Herriot auch in der Kammer unterliegen werde, wenn er an der ursprünglichen Kapitalabgabe festhalten sollte. Durch den nunmehr wahrscheinlichen Verzicht auf diese Abgabe würde sich nämlich die Lage der Regierung günstiger gestalten.

Die Finanzpläne des neuen französischen Finanzministers beinhalten:

1. Herriot treibt Inflation. Denn es ist noch Inflation, d. h. Geldmangel mit Hilfe der Notenpresse, wenn 4-5 Milliarden neue Banknoten ausgeben werden, und man sie nicht Banknoten, sondern „Schednoten“ nennen. Durch einen anderen Namen wird es nicht anders. Wir schreiben bereits gestern, daß Herriot kein anderes Mittel übrig bleibt. Der neue Finanzminister wird in dieser Hinsicht dasselbe tun müssen, was der alte plante. Und das tut er auch.
2. Herriot kapitalisiert vollkommen vor der Großbourgeoisie. Er sucht sich zu retten, indem er nach der Pleite der Großbourgeoisie tanzt. Deshalb nahm er sich auch die Notiz zum Finanzminister. Seine erste Tat ist, wie wir leben: Verzicht auf die Kapitalabgabe, d. h. die Kapitalisten werden von Steuern verschont, dafür Erhöhung der indirekten Steuern (auf Tabak, Zucker, Streichhölzer). Kapitalisierung von Staatsbetrieben an das Privatkapital, denn nichts anderes bedeutet der Punkt: Versteigerung von Staatsmonopolen. Produktionsweise, die bisher in staatlichem Monopol waren, sollen an Privatkapitalisten veräußert werden.

Der Punkt beschleunigte Einziehung der Steuern ist weißes Salz. Wir in Deutschland kennen das zur Genüge aus der Erfahrung der Inflationszeit. Die Großkapitalisten werden sich schon zu drücken wissen und ihre Steuern in entwerlichem Geld zahlen.

Es ist klar, daß die Durchführung dieser Pläne die sozialen Grundpläne ungemein verschärfen muß. Denn dies bedeutet neue Belastung für die werktätigen Massen, neue Preissteigerungen, neue Leuzung. Sie wird auch Herriots Stellung nicht retten. Er verliert das Vertrauen der kleinbürgerlichen Massen und der Teile des Proletariats, die durch die Sozialisten an Herriot gefestigt sind, ohne deshalb das Vertrauen der Großbourgeoisie ganz zu gewinnen.

Die Regierungstreue Herriots ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine tödliche. Es muß mit seinem baldigen Sturz, gerechnet werden.

Löbe kämpft für Marx

Paul Löbe ist beauftragt worden, die Mitglieder der Sozialdemokratie, die mit der Kandidatur des Klassenkämpfers Marx nicht einverstanden sind, zu bearbeiten. Er schreibt deshalb im „Vorwärts“ einen Artikel „Für die Republik“, in dem er die „Opposition“ einfangen will.

Paul Löbe zieht die alte Waage von dem „kleineren Uebel“ auf und behauptet, daß Marx ein „zuverlässiger Diener der Republik“ sei, dem „auch soziale Gedankengänge nicht fremd sind“!

Das ist sehr gut ausgedrückt, daß dem Ruhrgebiets-Marx „auch soziale Gedankengänge nicht fremd sind“. Wilhelm Marx hat das hienieden dadurch, daß er die 700 Millionen an die Ruhrindustriellen gab.

Paul Löbe muß zur Beruhigung weiter schreiben: „Drüben stehen die Parteien, die seit vier Monaten in verzweifelter Ansturm Preußen wieder in die alte Adels-herrschaft bringen wollen, haben keinen Wilhelm Marx, der mit Braun an der Spitze der Weimarer Koalition diesem Streben hartnäckig Widerstand entgegensetzt.“

Drüben steht das Geld der Ruhrindustriellen und Schmar-kapitalisten, hienieden steht ein Mann, der zwar unsere sozialistische Weltanschauung nicht teilt, der aber als Vertreter christlicher Arbeiter und kleinbürgerlicher Schichten dieser kapitalistischen Gruppen entgegengetreten muß.“

Paul Löbe spekuliert da auf die Bergeshöhe der Arbeiter. Marx „an der Spitze der Weimarer Koalition“ wollte in Preußen als Ministerpräsident die „Große Volksgemeinschaft“ mit Deutschnationalen und Sozialdemokraten bilden. Das ist nicht zustande kam, liegt nicht daran, daß die Partei Löbes nicht wollte, sondern daß die Deutschnationalen den Führer der Weimarer Koalition die falsche Schulter setzten. Paul Löbe sagt es und die Arbeiter sollen es glauben, daß Marx gegen die kapitalistischen Gruppen aufgetreten sei und auftreten müsse! Eine frechere Verhöhnung der Arbeiter hat es noch nicht gegeben.

Die klugenbewachten Arbeiter müssen Herrn Löbe eine Antwort geben auf sein Geschleime über den Marx. Sie müssen gegen diese Republik demonstrieren, indem sie

Ernst Thälmann

wählen.

Aufbau der Parlamentsdemokratie

Von M. Lieberich.

Der Verrat der SPD, nicht nur an der Arbeiterschaft, sondern an ihren eigenen Forderungen wird ein immer trübseligerer. Nach ihr die Gemeinderatsreform, an deren Beratung unter Aufsicht vier Jahre gebraucht wurden und die erst unter dem Druck der Kommunisten im Jahre 1923 zustande kam, in dem Gemeinderat Sachens nicht durchgeführt worden, da wird sie von den 23 rechten der SPD, auf Anweisung des Parteiparlamentarischen Ausschusses wieder befragt. Diese Tätigkeit der 23 ist keine persönliche, sondern sie ist die Arbeit der gesamten Sozialdemokratischen Partei. Der Abgeordnete Weich erklärte ja beinahe bei der Einberufung, daß die Politik, die die 23 betreiben, im Einverständnis mit dem Parteivorstand von ihnen betrieben wird.

An Stelle der Selbstverwaltung und des Einkammerregimes soll wieder in der Gemeinde die Herrschaft des Rates und darüber hinaus die Diktatur des Staates gesetzt werden. Das Ministerium des Innern ist mit Hilfe des Genehmigungsrates in der Lage, selbst den kleinen selbständigen Schritt zu verhindern. Das Bürgerturn verlangt, daß der Selbstverwaltung der Kopf abgehakt wird. Sie wissen auch warum! Auf Grund der geplanten größeren Selbstständigkeit der Gemeinden in der Steuererhebung hätten die Gemeinden mit einer Arbeitermehrheit (das heißt kommunalistischer Mehrheit) die Möglichkeit, die Kapitalisten härter herauszusuchen. Durch progressive Staffelung des Zulageses zur Einkommensteuer und mit Hilfe von Zwecksteuern wäre es möglich, dem Gehalt des Bürgerturns auf den Leib zu rücken. Das wird verhindert durch die Verlegung der Genehmigung der Regierung.

Das Bürgerturn will nicht nur keine Steuern zahlen, sondern die von den Arbeitern und Angestellten aufzubragenden Steuern unter sich verteilen, um damit die bantrotte Profitwirtschaft etwas sanfter zu können. Die Anträge im Landtag, den verschiedenen Industrien Kredite zu geben und die Steuern zu erlassen und abzubauen, die Verschärfung des Strafrechts in Leipzig an die Textilindustriellen, die der Stadt jetzt schon beinahe 3 Millionen Mark kostet, die Subventionierung der Jünglingsindustrie mit 800 000 Mark in den letzten Monaten, sind nur Vorläufer weiterer Ausraubung der Steuerzahler. Diese Politik ist nur möglich, wenn die Gesetzgebung in den Händen des Bürgerturns liegt, oder eine ihren Interessen lähmliche Gesetzgebung von ihren Beauftragten verhindern können. Deshalb die Forderung des Selbstverwaltungsrates, Bürgerturn und SPD, stehen auf dem Boden des Damesworts, sie haben gemeinam die deutsche Arbeiterschaft an das amerikanische Kapital verschahert. Soll der Versuch zur Durchführung einige Zeit aushalten, mag dem unterdrückten Volk jede Möglichkeit, sich gegen die Ausbeutung zu wehren und vielleicht gar die Begehenden zur Tragung der Kosten herauszusuchen, genommen werden.

Die Kommunisten haben sich bei der Reform der Gemeindeverwaltung keinen Illusionen hingeeben und haben auch die Arbeiter bei den ersten Wahlen vor sich gewarnt und darauf hingewiesen, daß die Durchführung der in der Reform enthaltenen Rechte der Arbeiter nur auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht in den bürgerlichen Parlamenten möglich ist. Die Entwertung beweist wie recht die Kommunisten mit ihrer Auffassung hatten. Zur Frage der Selbstverwaltung vertrat die SPD auf dem Deutschen Städtetag in Hannover in einer Resolution denselben Grundpunkt. Die Selbstverwaltung ist für uns nur ein Mittel, um auf dem Boden des Klassenkampfes den kapitalistischen Staat zu zerschlagen und an seine Stelle den proletarischen Staat zu setzen. Die Resolution lautet:

„Der Städtetag fordert die Selbstverwaltung der Gemeinden als Kampfmittel gegen eine reaktionäre Staatsgewalt, die mit den schändlichsten Methoden, mit Justiz und Polizei die Arbeiterschaft unterdrückt. Die Selbstverwaltung der Städte mit der Möglichkeit der kommunalistischen kapitalistischer Betriebe, der Entlohnung von Haus- und Grundbesitz und anderer Vermögen, die Einziehung von der Arbeiterschaft gewählter Gerichte und die Einrichtung kommunaler Arbeitermilizen an Stelle der Staatspolizei soll die Stadtverwaltungen zu Organen des proletarischen Klassenkampfes machen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu zerschlagen.“

Sie folgt klar, was die SPD, unter der Selbstverwaltung versteht. Die SPD, sagte auch den Arbeitern, daß nicht die bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, durch Par-lamentsbeschlüsse ihnen diese Verwaltung bringen werden, sondern daß sie nur auf dem Boden des Klassenkampfes, Arbeiter gegen Bürgerturn, außerhalb der Par-lamente errungen werden.

Jetzt rinnen die Stunden im sächsischen Landtag um den Inhalt der Gemeinderatsreform. Die Koalitionsparteien wollen unter allen Umständen nach vor Ostern die erste am 21. März verordnete Änderung des Gesetzes durchsetzen. Bereits am 25. März setzte der Kampf im Rechtsausschuß ein. Der Innenminister Müller, dem die „Chemnitzer Volkstimme“ nach-sagt, daß er von einem Glas Bier mehr versteht, als von den Gemeinderatsverhältnissen, lehnt es trotz mehrmaligen Verlangens der Ausschussminderheit ab, keine Vorlage vor dem Ausschuss zu vertreten, er überläßt das dem Vorsitzenden der Gemeinderatskommission Dr. Schulze. Die Argumente der Koalition sind der Antrag, die Änderung anzunehmen und Schlußanträge gegen-über der Opposition, um eine Beratung unmöglich zu machen und im Sitzungstempo die Verlesung abzumürgen. Sie wollen der Arbeiterschaft und den Vertretern der Gemeinderatsreform die Möglichkeit nehmen, zu dieser Abwürgung ihre Meinung zu äußern. Die Deutschnationalen verlangen noch weitergehende Verschlechterungen. Von der Koalition wird bei der Durchsetzung jede Rücksicht auf die bereits beschlossene Vertagung des Landtages, die Beschlüsse des Leitenausschusses und die Gepflogenheiten des Rechtsausschusses beiseite gelassen. Die Mehrheit droht mit Nachsicht und der Landtagspräsident will unter Umständen den ersten Feiertag das Plenum tagen lassen.

Die Opposition vertritt die SPD und die „linke“ Minderheit der SPD. Wie führt nun die „Linke“ den Kampf? Im Ausschuss stellt die „linke“ SPD, Abänderungsanträge und begründet sie in ausführlicher und gründlicher Weise. Nur langsam kommt deshalb die Beratung vorwärts, die „Rechte“ schreibt über Obstruktion. Was kommt bei diesem Kampfe heraus? Nichts! Die Verhandlungen werden vielleicht um eine oder zwei Wochen verschleppt, dann wird die Verschlechterung durchgeführt und zwar so, wie sie die Koalition bereits beschlossen hatte, ehe die anderen Parteien etwas davon wußten. Der Kampf, der hier mit viel Stimmaufwand und Beschreiben von Papier geführt wird, ist vergebens, er wird am Ende alles nichts ändern. Die Reaktion wird Sieger sein, trotz alledem!

Die „linke“ SPD, hat die ganze sächsische Parteiorganisation in der Hand und in vielen Gemeinden sehr starke Fraktionen. Warum ruft die „Linke“ nicht ihre Organisation und die ganzen Gemeinden zum härtesten Kampf gegen die Reaktion auf? Sie ruft sie nicht auf, weil auch sie als „Linke“ den Kampf fürchten, der das Kraftbewußtsein der Arbeiter stärken und in seiner weiteren Auswirkung die Durchführung des Damesworts gefährden würde. Auch sie sind für das Damesworts und keine Durchführung! Auch sie arbeiten mit und müssen mitarbeiten an der Festschließung der Gemeinderatsreform. Ihre Rolle ist hierbei nur eine andere, als die der 23 Mehrheitler.

Bereits bei der Schlussberatung unter der Zeigner-regierung 1923 traten Zeigner und Liedmann an die SPD, Kräfte heran, um das wenige, was auf Antrag der Kommunisten in die Reform gekommen war, wieder herauszuschieben. Nur der Erklärung, daß diese Punkte in der „Reform“ blieben, ist es zu danken, daß diese Punkte in der „Reform“ blieben. Als unter dem Druck der Arbeiter am 30. Oktober 1923 der Streik für Sachens beschloßen wurde zum Schutze der Reichswehrregimente, waren es die „Linken“, die bereits am nächsten Tage die Regierung feilsch bilden und so der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fielen. Mit diesem Verrat der kämpfenden Arbeiter schufen sie die Möglichkeit für den jetzigen reaktionären Vorstoß, sie verhalten dem Bürgerturn zum Siege im roten Sachens. Wo die „Linken“ in den Gemeinderatsparlamenten sehen, schufen sie mit dem Bürgerturn die Versteigerungsordnungen genau so wie die „Rechten“, überall vorzuspitzen sie im Kampf gegen die Kommunisten das letzte blühende Demokratie. Das „linke“ Leipzig ist dafür ein glänzendes Beispiel.

Jetzt treibt die „Linke“ parlamentarische Opposition und täuscht so die Arbeiter. Die Arbeiter sollen glauben, daß sie eine andere Politik betreiben wollen und halten damit die Arbeiter bei der SPD. Sie predigen die „Einheit der SPD“, um den „Rechten“ den Arbeiterverrat auch weiterhin zu ermöglichen. Mit ihrer Scheinopposition halten sie die Arbeiter vom Kampfe gegen die Reaktion ab. Sie wollen den Kampf nicht, sie denken nur den Verrat der Rechten und dienen so auf andere Weise genau so dem Bürgerturn, wie es die „Rechten“ offen tun!

Arbeiter, erkennt dies! Steht selbst in den Gemeinden auf und wehrt euch eurer Haut, nicht im Rechtsausschuß, nicht im Landtag könnt ihr sie besiegen, sondern auf dem Boden des Klassenkampfes!